Niederschrift

über die 13. Sitzung der Gemeindevertretung Nieblum am Dienstag, dem 24.09.2019, im Dörpshus Nieblum.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 19:35 Uhr - 23:30 Uhr

Gemeindevertreter

Herr Friedrich Riewerts
Herr Hauke Brett
Herr Jörg Clausen
Frau Tanja Greggersen
Herr Kai Jensen
Frau Holle Paulsen
Herr Boy Rethwisch

Bürgermeister

2. stellv. Bürgermeisterin

1. stellv. Bürgermeister

von der Verwaltung

Frau Katharina Strödel
Frau Anke Zemke

Gäste

Frau Meike Marxen

zu TOP 10 und TOP 11

Entschuldigt fehlen:

Gemeindevertreter

Herr Broder Jensen
Herr Ocke Ketels

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten
- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift über die 12. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Bericht des Bürgermeisters
  - 5.1 . Straßenbeleuchtung
  - 5.2 . Feuerwehrfahrzeug
  - 5.3 . Cosmos Nieblum
- 6 . Einwohnerfragestunde
- 7 . Kurbetriebsangelegenheiten
  - 7.1 . Strandkörbe
  - 7.2 . Meere
  - 7.3 . Strandkiosk Nieblum
  - 7.4 . Ladestation E-Bikes
  - 7.5 . Wettermast
  - 7.6 . Strandkonzept
  - 7.7 . Beschilderung
- 8 . Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Süderende
hier: Beteiligung im Rahmen einer gesamtinsularen Abstimmung
- 9 . Außenbereichssatzung mit Gestaltungssatzung der Gemeinde Alkersum "Prästers Stich"
hier: Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB / § 4 Abs. 2 BauGB

- 10 . 1. vorhabenbezogene Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 der Gemeinde Nieblum für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstiege bis zum Strand (Gelände "Waalem", ehemals "Knorrbremse") hier: a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen b) erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: Nieb/000161/3
- 11 . 11. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Nieblum für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstiege bis zum Strand (Gelände "Waalem", ehemals "Knorrbremse") hier: a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen b) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: Nieb/000206/1
- 12 . Zukunft der Güterabfertigung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Riewerts begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

2. Anträge zur Tagesordnung

Aufgrund der Dringlichkeit der Thematik wird beantragt, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 12 „Zukunft der Güterabfertigung“ im öffentlichen Teil zu ergänzen. Es seien viele Mutmaßungen im Umlauf, dass der Güterschuppen in Wyk auf Föhr geschlossen werden solle. Dies sollte im Amtsausschuss des Amtes Föhr-Amrum aufgrund der großen Bedeutung der Güterabfertigung thematisiert werden.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

Die Tagesordnung wird um den Tagesordnungspunkt 12 „Zukunft der Güterabfertigung“ ergänzt.

3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten

Da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls sowie berechnigte Interessen Einzelner es erforderlich machen, wird darüber abgestimmt, die Tagesordnungspunkte 13 bis 16 nichtöffentlich zu beraten.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

Die Gemeindevertreter/innen sprechen sich dafür aus, die Tagesordnungspunkte 13 bis 16 nichtöffentlich zu beraten.

4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 12. Sitzung (öffentlicher Teil)

Da die Niederschrift über die 12. Sitzung (öffentlicher Teil) erst kurz vor der Sitzung vorgelegen habe, spricht man sich dafür aus, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu beraten.

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1. Straßenbeleuchtung

Bürgermeister Riewerts teilt mit, dass die neuen Straßenlampen mittlerweile fast alle montiert seien.

5.2. Feuerwehrfahrzeug

Es wird berichtet, dass im Haushalt Geld für ein neues Feuerwehrfahrzeug eingeplant sei. Nun sei die Frage, welches Fahrzeug für die Anschaffung sinnvoll sei und in den Rahmen des Feuerwehrbedarfsplanes passe. Zur Zeit umfasse der Fahrzeugbestand ein TLF 8/6, ein TLF 8/18 und ein TSA (Anhänger) mit einem Gesamtpunktwert laut Feuerwehrbedarfsplan von 170 Punkten. Das Punktesoll laut Feuerwehrbedarfsplan belaufe sich auf lediglich 106 Punkte.

Ein bereits gestellter Förderantrag bezog sich auf die Neuanschaffung eines TLF 3000 für das TLF 8/18. Dieser Antrag wurde vom Kreis Nordfriesland abgelehnt. Im Rahmen von Nachverhandlungen konnte man sich darauf verständigen, dass ein TLF 3000 als Ersatz für das TLF 8/18 angeschafft werden könne, wenn in gleichem Zuge schriftlich auf eine Förderung für einen späteren Ersatz für das TLF 8/6 verzichtet werde. Man spricht sich dafür aus, den Verzichtsantrag zu unterzeichnen, um das Wunschfahrzeug beschaffen zu können.

5.3. Cosmos Nieblum

Es wird mitgeteilt, dass der Verein Cosmos Nieblum den Rasen gerne umpflügen und neu einsäen möchte. Dem steht aus Sicht der Gemeindevertreter/innen nichts entgegen.

Des Weiteren seien einige Mängel an und in dem Gebäude vorhanden, die ausgetauscht werden müssten. Der Einbau würde in Eigenleistung erbracht werden, aber die Materialkosten belaufen sich laut vorliegendem Angebot auf knapp 1.743 € brutto. Die Übernahme der Materialkosten durch die Gemeinde werde positiv gesehen.

Man spricht sich dafür aus, dass die Toiletten im Vereinsgebäude im Sommer öffentlich zugänglich gemacht werden sollen. Ein Zugang von Außen sei vorhanden, so dass das die Räumlichkeiten des Vereins im Gebäude nicht zugänglich seien.

Es wird angemerkt, dass die Gartenhütte auf dem Gelände an einer ungünstigen Stelle aufgestellt sei und umgesetzt werden solle.

6. Einwohnerfragestunde

Herr Petzold erläutert, dass er plane in den nächsten fünf Jahren die Buswartehäuschen auf der Insel farbig zu gestalten und im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes zu begrünen.

Gerne würde er mit dem Buswartehäuschen in Nieblum gegenüber Namine-Witt beginnen und in einer der nächsten Sitzungen einen ersten Entwurf präsentieren. Die Kosten für die Maßnahmen sollen über Sponsoren gedeckt werden.

Die Gemeindevertreter/innen sprechen sich dafür aus, dass grundsätzlich nichts gegen eine Begrünung des Daches spreche, eine farbliche Gestaltung solle nur von innen erfolgen.

7. Kurbetriebsangelegenheiten

7.1. Strandkörbe

Es wird berichtet, dass derzeit zehn Strandkörbe in Goting und 30 Strandkörbe in Nieblum offen stehen und zur Nutzung freigegeben sind.

7.2. Meere

Aufgrund der in der letzten Sitzung angefragten Kostenermittlung für das Abpumpen und Abfahren des Entenkots aus der Meere habe es diverse Nachfragen gegeben, um die Möglichkeiten des Auspumpens der Meere zu erfragen. Es bestehe grundsätzlich die Möglichkeit, dass leistungsstarke Schmutzpumpen eingesetzt werden und für die Abfuhr Trecker und Güllewagen genutzt werden. Allerdings könne derzeit kein Personal für diese Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. Geschätzt werde der zeitliche Aufwand auf ca. 30 Stunden bei einer Zugrundelegung einer Zahlung von 250 € pro Stunde.

Es bestehe das Problem, dass die Felder derzeit nicht gedüngt werden dürfen und das Abpumpen daher erst wieder im Frühjahr Sinn mache, da eine Güllelagune auch nicht zur Verfügung stehe.

Im Anschluss an die Reinigung der Meere im Frühjahr solle in jedem Falle eine Regelung über die erlaubte Anzahl von Enten auf der Meere umgesetzt werden. Derzeit seien ca. 200 Enten auf der Meere. In einer ersten Diskussion ist man sich einig, dass maximal 50 Enten von Nieblumern auf der Meere sein dürfen.

Auch hinsichtlich einer dauerhaften Sauerstoffzufuhr z.B. durch einen Springbrunnen für die Meere sollen weitere Überlegungen angestellt werden.

7.3. Strandkiosk Nieblum

Am heutigen Tage war die Firma Steuer zur Wartung der Fritteuse im Strandkiosk Nieblum. Diese sei nun wieder funktionsfähig.

7.4. Ladestation E-Bikes

Da das Fundament der Ladestation für E-Bikes ca. 5 cm zu dicht am Bordstein verlegt wurde, muss dieses nun noch einmal versetzt werden.

7.5. Wettermast

Es liege eine Anfrage vor, ob in der Gemeinde ein Wettermast aufgestellt werden dürfe. Laut den vorliegenden Unterlagen sei nicht genau erkennbar, welche Größe dieser Mast habe. Geschätzt werde eine Höhe von ca. 20 m. Frau Holle Paulsen werde dies in Erfahrung bringen und die Anwesenden entsprechend informieren.

7.6. Strandkonzept

Es liegen Neuigkeiten hinsichtlich des Strandkonzeptes vor. Die Ausführungen wurden an die Gemeindevertreter/innen übersandt. Um die sich für Nieblum ergebenden Änderungen zu besprechen, solle am Fr. 04.10.2019, um 18.00 Uhr, ein Treffen der Gemeindevertreter/innen zur Abstimmung erfolgen.

7.7. **Beschilderung**

Eine Liste mit den auszutauschenden Schildern liege vor, so dass ein Angebot eingeholt werden könne. Es liege der Gästewunsch vor, dass am Strand Hundeverbotsschilder aufgestellt werden und entsprechende Ergänzungen auf den Informationsschildern aufgenommen werden.

8. **Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Süderende hier: Beteiligung im Rahmen einer gesamtinsularen Abstimmung**

Bürgermeister Riewerts gibt den Gemeindevertreter/innen die Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Süderende zur Kenntnis, zu welchem die Gemeinde Nieblum im Rahmen einer gesamtinsularen Abstimmung beteiligt wird.

Nach Durchsicht der Unterlagen gibt es seitens der Gemeinde Nieblum keine Anregungen und Bedenken.

9. **Außenbereichssatzung mit Gestaltungssatzung der Gemeinde Alkersum "Prästers Stich" hier: Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB / § 4 Abs. 2 BauGB**

Bürgermeister Riewerts gibt den Gemeindevertreter/innen die Planunterlagen zur Außenbereichssatzung mit Gestaltungssatzung der Gemeinde Alkersum "Prästers Stich" für das Gebiet beiderseits der Straße Prästers Stich und östlich der Straßen Poststraße und Haemkweg sowie auf Flächen der Flurstücke 2, 3/1, 3/2 (Flur 5) sowie der Flurstücke 39/1, 39/2 (Flur 4), Gemarkung Alkersum, zur Kenntnis.

Nach kurzer Beratung spricht man sich einstimmig dafür aus, dass es keine Anregungen und Bedenken seitens der Gemeinde Nieblum gebe.

10. **1. vorhabenbezogene Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 der Gemeinde Nieblum für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstieg bis zum Strand (Gelände "Waalem", ehemals "Knorrbremse") hier: a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen b) erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: Nieb/000161/3**

Frau Holle Paulsen verlässt aus Befangenheitsgründen zu diesem Tagesordnungspunkt den Raum.

Bürgermeister Riewerts und Frau Katharina Strödel aus dem Bau- und Planungsamt des Amtes Föhr-Amrum berichten anhand der Vorlage: Nieb/000161/3.

Sachdarstellung mit Begründung:

Die Gemeinde Nieblum hat am 14.02.2017 die Aufstellung für die 1. vorhabenbezogene Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 der Gemeinde Nieblum für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250 m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstieg bis zum Strand (Gelände "Waalem") beschlossen.

Das Verfahren wurde im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB (Baugesetzbuch) durchgeführt, jetzt aber aufgrund der inhaltlichen Änderungen in ein reguläres Verfahren nach BauGB umgestellt.

Im Zuge der Nutzung des Baugrundstücks haben sich in den letzten Jahren diverse Änderungs- und Anpassungsbedarfe ergeben, die bezüglich der langfristigen wirtschaftlichen Nutzung gemäß des Gebietszwecks erforderlich sind. Hinzugekommen sind im Zuge des Verfahrens konkrete Erweiterungspläne, die direkt mit den bisherigen Vorhaben zusammenhängen, um die wirtschaftliche und touristische Nutzung an diesem Standort langfristig und umfassend zu sichern. Dieser Änderungs- und Erweiterungsbedarf soll durch die Aktualisierung der Festsetzungen und Erweiterung des Geltungsbereichs planungsrechtlich gesichert werden. Neben der geänderten Zufahrt zum Hauptgebäude der Tagungs- und Veranstaltungsstätte soll im nördlich gelegenen Bereich des Plangebietes ein Gebäude zur Wein- und Obstspirituosenerzeugung und -verarbeitung mit angeschlossener Gastronomie entstehen. So können von Anbau und Ernte über Verarbeitung bis zur Verkostung alle relevanten Schritte interessierten Besuchern nahegebracht werden. Ausstellungen, Veranstaltungen und Führungen zum Thema Wein runden das Angebot ab. Die Tagungs- und Veranstaltungsstätte erfährt so eine quantitative, vor allem aber qualitative Ergänzung, die mit Besichtigungen und Führungen zum Weinanbau bereits heute als wirtschaftliches Standbein das touristische Angebot der Insel bereichert und ein Alleinstellungsmerkmal darstellt.

Für die Schaffung der beschriebenen planungsrechtlichen Rahmenbedingungen ist diese Bebauungsplanänderung erforderlich. Im Parallelverfahren wird die 11. Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgen.

zu a) Behandlung der eingegangenen Anregungen und Bedenken

Zu dem Entwurf für die 1. vorhabenbezogenen Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 der Gemeinde Nieblum wurden bislang zwei Öffentlichkeitsbeteiligungen und Beteiligungen Träger öffentlicher Belange, gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB, durchgeführt.

Von den Trägern öffentlicher Belange sind Stellungnahmen eingegangen, die in der Anlage zu dieser Vorlage dargestellt sind.

Die Prüfung dieser Stellungnahmen hat ergeben, dass Änderungen am Planentwurf erforderlich sind, um die Belange von Trägern öffentlicher Belange sachgerecht zu berücksichtigen. Der Entwurf wurde entsprechend erneut überarbeitet. Hinzu gekommen sind konkrete Erweiterungspläne, die direkt mit den bisherigen Vorhaben zusammenhängen.

Die Eingaben und Stellungnahmen aus der Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB liegen der Gemeindevertretung zur Kenntnisnahme vor und werden nach Abschluss der erneuten Beteiligung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB durch die Gemeindevertretung behandelt.

Eine frühzeitige Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB hat aufgrund der späteren Umstellung vom vereinfachten Verfahren (§ 13 BauGB) ins reguläre Bauleitplanverfahren nicht stattgefunden. Jedoch kann man die bereits erfolgten Beteiligungen gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB im Zeitraum vom 19.05.2017 - 01.07.2017 und vom 16.03.2018 - 17.04.2018 als Ersatz betrachten. Zudem findet im Zusammenhang mit der Anhörung der Öffentlichkeit zur 11. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Nieblum auch eine Anhörung zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes statt.

Seitens der Verwaltung wird angeregt, den Hinweis der Ruhestörung aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit im Bauleitplanverfahren bzw. in den Regelungen zum Durchführungsvertrag zu berücksichtigen. Die Gemeindevertretung berät darüber. Das Planungsbüro Methner soll einen Abwägungsvorschlag ausarbeiten.

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass das LKN in seiner Stellungnahme wiederholt auf mögliche Veränderung der Küstenzone eingeht und das sich aus diesen Entwicklungen u.a. mögliche Schadensersatzansprüche gegen die Gemeinde ergeben. Es wird daher angeregt im Durchführungsvertrag einen Passus aufzunehmen der darlegt, dass gegen die Gemeinde keine Schadensersatzansprüche gestellt werden können und die Gemeinde auch nicht aufgefordert werden kann Schutzmaßnahmen zu finanzieren/durchzuführen. Eine konkrete Abstimmung der Formulierung sollte dann noch erfolgen.

Die Gemeindevertretung spricht sich dafür aus, die Inhalte des Durchführungsvertrages vorab gesondert zu beraten.

zu b) erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Durch die Berücksichtigung einiger Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange sind Änderungen am Planentwurf, Begründung und Umweltbetrachtung erforderlich. Aufgrund der erforderlichen Änderungen wurden die Unterlagen überarbeitet. Diese sollen nunmehr erneut öffentlich ausgelegt werden.

Die Änderungen und Ergänzungen sind in den Anlagen gelb bzw. rot hervorgehoben.

Die Änderungen des Entwurfes erfordern gemäß § 4a Abs. 3 BauGB eine erneute öffentliche Auslegung.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Unterlagen zum Vorhaben und Erschließungsplan neu auszufertigen sind, da sie unvollständig vorliegen.

Weiterhin sei durch die Gemeindevertretung zu beraten, ob die Festsetzungen beispielsweise zur Höhe der baulichen Anlagen ihren Vorstellungen entsprechen. Änderungen diesbezüglich sollten in die neuen Unterlagen eingearbeitet werden. Das Planungsbüro sollte die überarbeiteten und vollständigen Unterlagen der Gemeinde vorlegen und der Bürgermeister sollte ermächtigt werden, die Freigabe zu erteilen.

Die Gemeindevertreter/innen beraten über die vorliegenden Unterlagen und machen folgende Vorschläge zur Abstimmung:

Der Vorhaben- und Erschließungsplan soll überarbeitet vorgelegt werden.

Die Festsetzung zur Firsthöhe des Objektes Waalem II sind insoweit anzupassen, dass die FH, einschließlich möglicher Schein-/Ziergiebel, die Höhe von 10 Metern nicht überschreitet.

Ebenfalls wird die max. Firsthöhe der Garage auf 6 Meter Höhe begrenzt. Eine entsprechende Anpassung der Festsetzungen ist hierzu vorzunehmen.

Die geänderten Unterlagen sind der Gemeinde vorzulegen und durch die Gemeinde zur weiteren Beteiligung freizugeben. Der Bürgermeister wird ermächtigt die Freigabe zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Gemeindevertreter/innen: 8

Davon anwesend: 6

6 Ja-Stimmen

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war folgende Gemeindevertreterin von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen: Frau Holle Paulsen. Sie war weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

Beschluss:

Zu a) Behandlung der eingegangenen Eingaben und Stellungnahmen

1. Die im Rahmen der Beteiligung (gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB) der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange eingegangenen Eingaben und Stellungnahmen werden nach Abschluss der erneuten Beteiligung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB durch die Gemeindevertretung behandelt.

Die Gemeindevertretung spricht sich dafür aus, die Inhalte des Durchführungsvertrages vorab gesondert zu beraten.

Zu b) erneuter Entwurfs und Auslegungsbeschluss

1. Der Entwurf für die 1. vorhabenbezogenen Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 der Gemeinde Nieblum für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250 m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstiege bis zum Strand (Gelände "Waalem"), die Begründung, der Vorhaben- und Erschließungsplan sowie „Faunistische Potenzialanalyse und artenschutzfachliche Betrachtung“ werden in der jeweils vorliegenden Fassung gebilligt.

Ziffer 1 wird mit folgenden Änderungen gebilligt:

Die Unterlagen zum Vorhaben und Erschließungsplan sind neu auszufertigen. Dabei sind je Objekt alle Ansichten, Grundrisse, mind. ein Schnitt und ein Gesamtanlageplan aufzuführen. Die Unterlagen sind den Vorgaben des Bebauungsplanes anzupassen.

Die Festsetzung zur Firsthöhe des Objektes Waalem II sind insoweit anzupassen, dass die FH, einschließlich möglicher Schein-/Ziergiebel, die Höhe von 10 Metern nicht überschreitet.

Ebenfalls wird die max. Firsthöhe der Garage auf 6 Meter Höhe begrenzt. Eine entsprechende Anpassung der Festsetzungen ist hierzu vorzunehmen.

Die geänderten Unterlagen sind der Gemeinde vorzulegen und durch die Gemeinde zur weiteren Beteiligung freizugeben. Der Bürgermeister wird ermächtigt die Freigabe zu erteilen.

2. Der Entwurf des Bebauungsplanes, der Vorhaben- und Erschließungsplan und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB i.v.m. § 4a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen. Die Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB erneut zu beteiligen und über die 2. öffentliche Auslegung zu informieren.
3. Der Entwurf für die 1. vorhabenbezogenen Änderung des Bebauungsplanes Nr. 15 der Gemeinde Nieblum für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250 m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstieg bis zum Strand (Gelände "Waalem"), die Begründung, der Vorhaben- und Erschließungsplan sowie „Faunistische Potenzialanalyse und artenschutzfachliche Betrachtung“ sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen; die von der Änderung betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.
4. Der Amtsdirektor des Amtes Föhr-Amrum wird beauftragt, die Abstimmung mit den Inselgemeinden gemäß §§ 2 Abs. 2 i.V.m. 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt nimmt Frau Holle Paulsen wieder an der Sitzung teil und wird über das Abstimmungsergebnis informiert.

**11. 11. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Nieblum für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstieg bis zum Strand (Gelände "Waalem", ehemals "Knorrbremse") hier: a) Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen b) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: Nieb/000206/1**

Frau Holle Paulsen verlässt aus Befangenheitsgründen zu diesem Tagesordnungspunkt den Raum.

Bürgermeister Riewerts und Frau Katharina Strödel aus dem Bau- und Planungsamt des Amtes Föhr-Amrum berichten anhand der Vorlage: Nieb/000206/1.

Sachdarstellung mit Begründung:

Die Gemeinde Nieblum hat am 06.08.2019 die Aufstellung der 11. Änderung des Flächennutzungsplans für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstieg bis zum Strand (Gelände "Waalem", ehemals "Knorrbremse") beschlossen.

Die Änderung des Flächennutzungsplans wird im Parallelverfahren zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 15 der Gemeinde Nieblum durchgeführt.

Ziel ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Sicherung und Erweiterung einer örtlichen bedeutsamen Tagungs- und Veranstaltungsstätte im Geltungsbereich. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens wird die Grundlage geschaffen, die bestehende Nutzung im Sinne einer nachhaltigen wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung behutsam standortbezogen zu sichern.

Die Ausweisung soll in folgender Form erfolgen:

- als Sonderbaufläche
- Flächen für privaten Waldpark
- Flächen für private Grünflächen
- Flächen für die Landwirtschaft
- sowie Flächen für den Verkehr

zu a) Behandlung der eingegangenen Anregungen und Bedenken

Im Vorfeld wurden bislang eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt.

Die Prüfung dieser Stellungnahmen hat ergeben, dass Änderungen am Planentwurf erforderlich sind, um die Belange von Trägern öffentlicher Belange sachgerecht zu berücksichtigen. Der Entwurf wurde entsprechend überarbeitet.

Die Eingaben und Stellungnahmen aus der Beteiligung gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB liegen der Gemeindevertretung vor, werden aber erst nach Abschluss der Beteiligung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB durch die Gemeindevertretung abschließend behandelt.

Seitens der Verwaltung wird angeregt, den Hinweis der Ruhestörung aus der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit im Bauleitplanverfahren bzw. in den Regelungen zum Durchführungsvertrag zu berücksichtigen. Die Gemeindevertretung berät darüber. Das Planungsbüro Methner soll einen Abwägungsvorschlag ausarbeiten.

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass das LKN in seiner Stellungnahme wiederholt auf mögliche Veränderung der Küstenzone eingeht und das sich aus diesen Entwicklungen u.a. mögliche Schadensersatzansprüche gegen die Gemeinde ergeben. Es wird daher angeregt im Durchführungsvertrag einen Passus aufzunehmen der darlegt, dass gegen die Gemeinde keine Schadensersatzansprüche gestellt werden können und die Gemeinde auch nicht aufgefordert werden kann Schutzmaßnahmen zu finanzieren/durchzuführen. Eine konkrete Abstimmung der Formulierung sollte dann noch erfolgen.

Die Gemeindevertretung spricht sich dafür aus, die Inhalte des Durchführungsvertrages vorab gesondert zu beraten.

zu b) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Durch die Berücksichtigung einiger Stellungnahmen sind Änderungen am Planentwurf und Begründung erforderlich. Aufgrund der erforderlichen Änderungen wurden die Unterlagen für die Beteiligung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB überarbeitet.

Die textlichen Änderungen und Ergänzungen sind in den Anlagen gelb und rot hervorgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Gemeindevertreter/innen: 8

Davon anwesend: 6

6 Ja – Stimmen

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war folgende Gemeindevertreterin von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen: Frau Holle Paulsen. Sie war weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend.

Beschluss:

Zu a) Behandlung der eingegangenen Eingaben und Stellungnahmen

1. Die im Rahmen der Beteiligung (gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB) der Öffentlichkeit und Träger öffentlicher Belange eingegangenen Eingaben und Stellungnahmen werden nach Abschluss der Beteiligung nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB durch die Gemeindevertretung behandelt.

Die Gemeindevertretung spricht sich dafür aus, die Inhalte des Durchführungsvertrages vorab gesondert zu beraten.

Zu b) Entwurfs und Auslegungsbeschluss

1. Der Entwurf der 11. Änderung des Flächennutzungsplans für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstiege bis zum Strand (Gelände "Waalem", ehemals "Knorrbremse") sowie der Begründung dazu werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
2. Der Entwurf der 11. Änderung des Flächennutzungsplans für das Gebiet nördlich des Strandes bis zu einer Tiefe von ca. 250m, westlich des Bredland-Baugebietes und östlich der Wegeverbindung vom Grevelingstiege bis zum Strand (Gelände "Waalem", ehemals "Knorrbremse") und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen; die von der Änderung betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB zu beteiligen und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB von der öffentlichen Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.
3. Der Amtsdirektor des Amtes Föhr-Amrum wird beauftragt, die Abstimmung mit den Inselgemeinden gemäß §§ 2 Abs. 2 i.V.m. 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt nimmt Frau Holle Paulsen wieder an der Sitzung teil und wird über das Abstimmungsergebnis informiert.

12. Zukunft der Güterabfertigung

Wie bereits unter Tagesordnungspunkt 2 erwähnt, seien viele Mutmaßungen im Umlauf, dass der Güterschuppen in Wyk auf Föhr geschlossen werden solle. Dies sollte in der nächsten Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Föhr-Amrum aufgrund der großen Bedeutung der Güterabfertigung dringend thematisiert werden.

Es sei im Gespräch, dass das Verladen nicht mehr in Wyk auf Föhr stattfinden solle, sondern schon in Dagebüll bzw. dass die Güterabfertigung auf den Insel und in Dagebüll eventuell sogar komplett eingestellt werden solle. Dies bedeute für die Verbraucher eine

vermutlich hohe Kostensteigerung bei Anschaffungen, die bislang noch im Rahmen der Güterabfertigung verfrachtet werden.

Bürgermeister Riewerts bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 22.30 Uhr.

Friedrich Riewerts

Anke Zemke